



JM LOPEZ / AFP

Opfer am Fluss Kuwaik: Sie dachten, ihnen würde nichts geschehen

Am Fluss der Toten

Warum in Aleppo jede Nacht Leichen angeschwemmt werden

Immer morgens kommen die Männer von der Sammelstelle für namenlose Tote. Sie steigen hinter der großen Kreuzung im Viertel Bustan al-Kasr hinab zum kleinen Fluss Kuwaik und bringen die über Nacht Angeschwemmten zu einem Vorhof, wo sie in weiße Tücher gehüllt fotografiert werden und einen Tag lang liegen bleiben. Wer verschwundene Angehörige sucht, kommt hierher.

Seit Wochen schon trägt der Fluss meist nachts neue Tote heran, ohne Papiere, an den Händen mit Plastikseilen gefesselt, erschossen. Vorvergangene Woche waren es täglich mal 3, mal 7, vorigen Montag waren es 5, am Dienstag dann waren es fast 80. Es hatte heftig geregnet in der Nacht, der Fluss war angestiegen, und nun säumten Leichen das schlammige Ufer.

Bustan al-Kasr liegt am Rande des Niemandslandes zwischen den Fronten der geteilten Stadt. Der Fluss Kuwaik fließt aus den höher gelegenen Vierteln Aleppos, die das Regime kontrolliert, hierher in die Stadtteile der Rebellen. Flussaufwärts, im Regime-Gebiet, liegt ein Gefängnis der Sicherheitsdienste Assads.

Diesmal kamen Hunderte zum Fluss, schlugen sich aus anderen Städten nach Aleppo durch, um nach verschwundenen Verwandten zu suchen. Viele wurden fündig, und die Identität manch eines Ermordeten erklärt, warum in den Tagen und Wochen zuvor immer so wenige erkannt worden waren: Die Toten waren Studenten der Universität Aleppo aus anderen Städten, die nur zu den Prüfungen gekommen waren.

Der Campus liegt in jenem Teil der Stadt, den Assads Truppen noch be-

herrschen; an deren Kontrollposten mussten sie vorbei. „Er wurde nicht gesucht“, sagt ein Freund über den 22-jährigen Udai Rifaat Hablas, einen Ingenieurstudenten aus der Nachbarprovinz Idlib, dessen Leiche angeschwemmt wurde. „Er dachte, ihm tun sie nichts. Aber einer seiner Cousins ist bei den Rebellen.“

Ein anderer Ermordeter war aus Rakka im Osten gekommen in der Hoffnung, in Aleppo Ersatzteile für seine Landmaschinen zu finden; ein dritter wollte kontrollieren, ob in seinem geschlossenen Laden alles in Ordnung war. Sie alle waren an die Kontrollposten gegangen in der Annahme, ihnen würde nichts geschehen.

Ein tödlicher Irrtum. Offenbar hatten Assads Leute sie festgenommen, ins Gefängnis gebracht, erschossen und dann in den Fluss geworfen.

Am Morgen nach diesem Dienstag kamen fünf weitere Tote mit der Strömung. Donnerstag noch mal drei. Weiter flussaufwärts sollen noch viele am Ufer liegen. Sie hätten die Toten aus der Entfernung gesehen, sagen die Männer vom Stadtteil-Rat.

Aber es wäre Selbstmord, sie zu bergen. Denn dort beginnt das Schussfeld der Scharfschützen. Wer die Sichtachsen der Stadt ignoriert, riskiert, in ihnen umzukommen.

Ein paar haben trotzdem versucht, sich anzuschleichen und Tote mit langen Stangen zurück in den Fluss zu stoßen, der wieder schmaler geworden ist, seit der Wasserstand gefallen ist. Doch die Mehrzahl liegt unerreichbar.

Man müsse wieder auf Regen warten, sagen sie.

CHRISTOPH REUTER

Geheimdienstler fangen Menschen wie sie ab, foltern, das Übliche: fensterlose Massenzellen, Aufhängen an den Händen, Schläge auf die Waden, bis sie dunkelblau sind, Schläge auf den Rücken, bis die Haut platzt.

Stimmt gar nicht, sagen die Regierenden in Damaskus. Der Parlamentspräsident ist ein unglücklich dreinblickender Herr im schwarzen Anzug mit schwarzer Krawatte. Er hat einen schmalen Mund, einen blonden Schnauzbart. Ein Kommando der Rebellen hat im November seinen Bruder erschossen, als dieser auf dem Weg zur Arbeit war.

Mohammed Dschihad al-Laham sitzt im schwer gesicherten Abgeordnetenhaus, sein Stuhl ist mit Perlmutter-Intarsien geschmückt, dahinter ragt eine verschwenderische Gold-Schmuckwand auf, mit dem Konterfei von Baschar al-Assad.

„Was will diese Opposition eigentlich?“, fragt Laham, theatralisch hebt er die Hände: „Zerstören!“

Präsident Assad habe die Forderungen der Demonstranten doch gehört. Ja, sie seien legitim gewesen, und Assad habe alles geändert, wie gewünscht: Die Notstandsgesetze seien aufgehoben worden, eine Einheitspartei gebe es nicht mehr, die Parlamentswahl habe stattgefunden, die Gründung von Parteien sei jetzt erlaubt. „Was noch?“, bebt Laham. „Wir wollen Verhandlungen, mit allen Seiten, wir schließen niemanden aus, wir geben Sicherheitsgarantieren“, sagt der Parlamentschef.

Was ist jetzt mit der Folter?

Der Jurist bestreitet erst gar nicht. Laham ist auch Präsident der syrischen Juristengewerkschaft, mit Misshandlungen kennt er sich aus.

Folter, das habe man hier so gemacht, früher, aber jetzt dürfe ein Untersuchungshäftling nur noch 60 Tage im Gefängnis gehalten werden, behauptet er. Falls gefoltert werde, habe der Häftling neuerdings das Recht, einen Arzt zu sehen: „Ist das Geständnis durch Folter erzwungen, verwenden wir es nicht bei Gericht.“

Draußen hat die Menschenrechtsaktivistin ein ruhiges Café gefunden. Sie sagt, sie spüre den Unglücklichen in den Verliesen der Geheimdienste nach, etwa im berüchtigten Chatib-Gefängnis. Mal helfen ihr persönliche Kontakte, mal geben ihr Männer im Sicherheitsapparat heimlich Hinweise. Mindestens 60 000 Menschen seien landesweit inhaftiert, sagt sie. Eine Mitstreiterin wurde gerade verhaftet, eine Anwältin. Die Aktivistin hat Angst, sie will trotzdem ausharren in Damaskus. „Es können nicht alle fortgehen“, sagt sie.

Aber Damaskus, die biblische Stadt mit ihren prächtigen Gärten, in der sich die Religionen friedlich begegneten, gibt es so längst nicht mehr. Niemand sitzt nachts noch in den Bars und Restaurants der Altstadt. Jetzt sind die Flüchtlinge